

Indigene und Landrechte

Schwerpunkt: Acampamento Terra Livre
2023 - "Ohne Demarkierung gibt es keine
Demokratie"

von Hannah Dora



Projektbericht
Mai 2023



KoBra
Kooperation Brasilien

Hintergrundfoto: Marquinho Mota

Dossier Indigene und Landrechte

Von Hannah Dora

Mai 2023

Inhalt

1. Schwerer Schlag für den brasilianischen Umweltschutz: Umstrukturierung der Bundesministerien	1
2. Schwerpunkt: Acampamento Terra Livre 2023 – „Ohne Demarkierung gibt es keine Demokratie“	2
Marco Temporal	4
3. Interview mit Jugendkoordinatoren der Guajajara	6
4. Aktivitäten und Kampagnen	12
Brasilien und Kolumbien ein Jahr nach dem Regierungswechsel - Bilanz und Forderungen aus der Zivilgesellschaft	12
Sicherheit für wen? Polizeigewalt in Brasilien und deutsche Waffenexporte	12

1. Schwerer Schlag für den brasilianischen Umweltschutz: Umstrukturierung der Bundesministerien

Vor nur zwei Wochen ging eine Nachricht durch die brasilianischen Medien, die Umweltschützer*innen aufatmen ließ: Ein Antrag des nationalen Erdöl-Unternehmens Petrobras, in der Mündung des Amazonas nahe der Küste von Amapá nach Erdöl zu forschen, wurde nach einer Untersuchung vom Umwelt-Institut Ibama abgelehnt. In dem Bericht der Umweltbehörde hieß es, dass das Projekt aufgrund von ernsten ökologischen Bedenken nicht durchführbar sei und Petrobras keine zufriedenstellende Erklärung zur Vereinbarkeit des industriellen Vorhabens und dem sozialen und ökologischen Kontext der Region vorgelegt habe. Das Mündungsgebiet des Amazonas gilt als eine sozio-ökologisch äußerst sensible Region, da es Naturschutzgebiete, indigene Territorien, sowie eine große Vielfalt teils bedrohter Arten aufweist.

Die Entscheidung sowie die scheinbare Akzeptanz der involvierten Personen, die sich für das Projekt eingesetzt haben, inklusive Präsident Lula da Silva, wurde zunächst als großer Sieg der Umweltministerin Marina Silva gefeiert¹. Nach einem Treffen mit dem Vorsitzenden von Petrobras, Jean Paul Prates, der auch der Arbeiterpartei PT angehört, dem Bundeinnenminister Rui Costa (PT), sowie dem Bergbau- und Energieminister Alexandre Silveira (PSD), sagte Marina Silva in einer Presseveranstaltung, dass die Entscheidung vom Ibama steht und eingehalten werden würde: „Es handelt sich um eine technische Entscheidung, und eine technische Entscheidung in einer repräsentativen Regierung, in einer demokratischen Regierung, wird auf der Grundlage von Beweisen befolgt und respektiert“².

Innerhalb von 24 Stunden musste die Umweltministerin, die viel Prestige in der internationalen Gemeinschaft besitzt und der Regierung Lula in Sachen Umweltschutz Glaubwürdigkeit verleihen sollte, jedoch mit ansehen, wie ihr diese demokratische Regierung in den Rücken fiel. Eine gemischte Kommission bestehend aus Abgeordneten und Senator*innen, zuständig für die Evaluation der provisorischen Maßnahmen Lulas zu Beginn seiner Amtszeit, verfasste einen Entschluss, die Zuständigkeiten der Ministerien umzustrukturieren. Provisorische Maßnahmen können vom Präsidenten ergriffen werden, ohne direkt vom Parlament gebilligt zu werden. Zum Beispiel erhöhte Lula die Zahl der Ministerien von 23 auf 37. Nach einer bestimmten Zeit laufen sie jedoch aus und müssen sich einer Abstimmung im Kongress unterziehen, damit sie ihre Gültigkeit behalten. Diese Maßnahmen wurden nun kurz vor dem Ablaufdatum in der gemischten Kommission bearbeitet und zur Abstimmung vorgelegt. Nun sollen, nach einem Text formuliert von Isinaldo Bulhões Jr., Anführer der Partei MDB im Parlament, zentrale Kompetenzen der Ministerien für Umwelt sowie Indigene Völker auf andere Ministerien übertragen werden. Darunter fallen die Übertragung der Zuständigkeit für die Nationale Agentur für Wasser und Sanitärversorgung

¹ <https://sumauma.com/ibama-barra-exploracao-de-petroleo-na-amazonia-em-decisao-que-fortalece-marina/>

² <https://sumauma.com/lula-vai-deixar-marina-lutando-sozinha-pelo-compromisso-assumido-pelo-seu-governo-com-o-meio-ambiente/>

(ANA) zum Ministerium für Integration und regionale Entwicklung. Der Text übertrug auch das CAR (Umweltregister für den ländlichen Raum), ein Instrument zur Kontrolle von Privatgrundstücken und Konflikten in Schutzgebieten, von Silvas Ministerium auf das Ministerium für Management und Innovation im öffentlichen Dienst. Der größte Einschnitt betrifft jedoch nicht Marina Silva direkt, sondern das Ministerium für Indigene Völker unter der Leitung von Sonia Guajajara. Ihm soll die Macht über die Demarkierung indigener Territorien, also im Grunde die Aufgabe für die das Ministerium geschaffen wurde, entzogen und dem Justizministerium übertragen werden. Laut Berichten soll Lula dem Druck des mächtigen Centrao in Sachen Umweltschutz nachgegeben haben, damit andere zentrale Vorhaben nicht blockiert werden³.

Marina Silva zeigte sich entrüstet: „die Welt wird [...] feststellen, dass die Struktur der Regierung nicht diejenige ist, die die Wahlen gewonnen hat, sondern die Struktur der Regierung, die verloren hat.“, sagte sie in einer Rede. Der vorgelegte Text muss noch vom Kongress verabschiedet werden, um Gültigkeit zu erhalten.

2. Schwerpunkt: Acampamento Terra Livre 2023 – „Ohne Demarkierung gibt es keine Demokratie“

Vom 24.-28. April fand in Brasília das Acampamento Terra Livre (ATL), die größte indigene Versammlung Brasiliens, statt. Zum 19. Mal reisten Indigene aus den verschiedensten Regionen und Biomen des Landes in die Hauptstadt, um ihre Stimmen hören zu lassen, ihre Kulturen zu feiern und zu zeigen, dass sie nicht aufhören werden, für ihre Rechte einzustehen, die seit 523 Jahren konstant unterdrückt werden. Das Camp sowie das Programm sind sowohl Protest als auch ein wichtiges Austauschforum zwischen Indigenen verschiedener Völker über Themen wie indigene Gesundheit, Bildung, Frauen und LGBTQ+ als indigene Führungspersonen, und allem voran ihre politischen und territorialen Rechte. Die Schätzungen gehen von der Anwesenheit von mehr als 6.000 Indigenen bei der diesjährigen Edition aus. Mit der Rückkehr Lulas und der Schaffung des Ministeriums für indigene Völker unter der Führung von Sonia Guajajara ist es wahrlich ein besonderes Jahr für die indigene Bewegung. Auch zum ersten Mal in der Geschichte des Landes finden sich die Indigenenbehörde Funai sowie das Sondersekretariat für Indigene Gesundheit (Sesai) unter der Führung der Indigenen Joenia Wapichana und Weibe Tapeba. Der große Slogan des Camps hieß „die indigene Zukunft ist heute – ohne Demarkierung gibt es keine Demokratie“.

Organisiert wird das ATL von der APIB (Artikulation der indigenen Völker Brasiliens) zusammen mit sieben regionalen Basis-Organisationen. Das Programm umfasste über 30 Aktivitäten, die in fünf thematische Achsen unterteilt wurden: Diga o povo que avance, Aldear a Política,

³ <https://www1.folha.uol.com.br/poder/2023/05/congresso-impoe-derrotas-a-marina-e-aval-de-lula-empodera-centrao.shtml>

Demarcação Já, Emergência Indígena und Avançaremos. In diesen thematischen Blöcken gab es Plenarsitzungen über indigene Frauen, LGBTQ+ Angehörige, territoriales und ökologisches Management von indigenem Land, Zugang zu sozialpolitischen Maßnahmen und indigene Völker in freiwilliger Isolation. Außerdem wurden zwei Märsche vom Camp in Richtung Kongress veranstaltet (ein dritter musste wegen Starkregen abgesagt werden), deren Hauptforderungen jeweils die Abschaffung anti-indigener Gesetzesvorhaben sowie die Bekämpfung der Klimakrise waren. Auch wurde immer wieder auf den Zustand der Gewalt und Rechtsverletzungen aufmerksam gemacht, dem viele Indigene durch Invasionen in ihre Territorien ausgesetzt sind. Vor allem die humanitäre Krise des Volks der Yanomami aufgrund einer Explosion von illegalem Bergbau und Abholzung in ihrem Territorium während der letzten Jahre ging zuletzt durch die Medien. Außerdem wurde die Freilassung der neun Guarani und Kaiowá gefordert, die wegen ihres Kampfes gegen Immobilieninteressen im Bundesstaat Mato Grosso do Sul inhaftiert worden waren. Mittlerweile wurden die Personen aus dem Gefängnis entlassen.

Die Podien waren sowohl von indigenen als auch nicht-indigenen Führungspersonen besetzt. Hochrangige Namen wie die schon genannte Sonia Guajajara, die Bundesabgeordnete Celia Xakriabá, Umweltministerin Marina Silva und viele mehr ließen sich mehrmals blicken und waren teilweise auch selbst bei den beiden Protestmärschen in Richtung Kongress dabei. Zu allerletzt kam auch der Mann, auf den alle gewartet haben. Präsident Lula da Silva besetzte das Abschlusspodium am Freitagmorgen und unterschrieb – das erste Mal seit 2018 – die Ratifizierung von sechs indigenen Territorien: Kariri-Xocó, im Bundesstaat Alagoas; Tremembé da Barra do Mundaú, in Ceará; Arara do Rio Amônia, in Acre; Uneiuxi, in Amazonas; Rio dos Índios, in Rio Grande do Sul; und Avá-Canoeiro, in Goiás. Die sechs Gebiete gehörten zu den dreizehn Territorien, die von der Arbeitsgruppe für indigene Völker im Rahmen der Übergangsregierung als reif für die Ratifizierung bezeichnet wurden. Die Ratifizierung ist die letzte Phase des Demarkierungsprozesses, die allein von der Unterschrift des Präsidenten abhängt. Unter Temer und Bolsonaro hingegen wurde kein einziges Territorium ratifiziert. Eines von Bolsonaros Wahlkampfversprechen hieß wortwörtlich, „keinen Zentimeter indigenes Territorium zu demarkieren“. Man hatte gehofft, dass die Genehmigungen gemäß einem Wahlversprechen in den ersten 100 Tagen der Regierung Lula bestätigt werden würden, was jedoch ausblieb. Deshalb hörte man an verschiedenen Stellen des fünftägigen Camps klare Aufforderungen an Lula bezüglich der Demarkierung. Während des Protestmarsches am Mittwoch hielten 22 indigene Jugendliche Schilder hoch, die zusammen den Satz „100 dias já passaram – Lula reage“ (100 Tage sind schon vergangen – Lula reagiere) ergaben. Auch wenn sechs Territorien nicht der erhofften Anzahl der Organisator*innen entsprechen, wurde dieser Anfang groß gefeiert. Auch versprach Lula, dass weitere Territorien noch dieses Jahr folgen sollen und er in seiner Amtszeit kein Territorium unausgewiesen lassen möchte. Ob er dieses Versprechen jedoch halten können wird, ist fraglich. Beim vorjährigen ATL, noch als Präsidentschaftskandidat, unterzeichnete Lula eine Verpflichtungserklärung mit einer Reihe von Forderungen der in der APIB zusammengeschlossenen Organisationen, wie z.B. ein politisches Engagement und die Zusicherung von Mitteln "für die Identifizierung, Abgrenzung,

Erklärung, Demarkierung und sofortige Ratifizierung aller indigenen Gebiete bis Ende 2026", dem Jahr, in dem seine Regierung endet⁴.

Laut einem Artikel der Agência Pública bewertete Kleber Karipuna, einer der Exekutivkoordinatoren der APIB die am Freitag angekündigte Maßnahme als "Startschuss" für die Wiederaufnahme der Demarkationen. "Wir wussten, dass möglicherweise nicht alle Gebiete [ratifiziert] werden würden, da die Analyse der Prozesse über vier Jahre in den Händen unserer Gegner in der vorherigen Regierung lag", sagte er gegenüber Pública. "Aber wir streben nach viel mehr. Die indigene Bewegung hat die Aufgabe, ihre Forderungen zu artikulieren und einzufordern, und das werden wir tun, aber in einem regierungsnahen Dialog, vor allem mit unseren Führungspersonen, die heute dort [in der Regierung] sind."⁵

Marco Temporal

Ein weiteres zentrales Thema des ATL war der sogenannte „Marco Temporal“ (Stichtagsregelung), eine Rechtsauslegung über deren Gültigkeit der Oberste Gerichtshof am 7. Juni entscheiden soll. Die brasilianische Verfassung von 1988 garantiert den indigenen Völkern die Besiedlung ihrer traditionellen Territorien, ohne dabei ein einschränkendes Datum zu benennen: „Die soziale Organisation, die Sitten und Gebräuche, die Sprachen, der Glaube und die Traditionen sowie die ursprünglichen Rechte über das Land, das sie traditionell bewohnen, werden den Indigenen zuerkannt, wobei es Aufgabe der Union ist, diese abzugrenzen und die Achtung aller ihrer Güter zu schützen und durchzusetzen." (Artikel 231)

Befürworter*innen des Marco Temporal argumentieren jedoch, dass nur Indigene, die sich zum Zeitpunkt des Eintretens der Verfassung am 05. Oktober 1988 in ihren Territorien befanden, das Recht auf deren Demarkierung haben. Die Debatte geht zurück auf einen Konflikt zwischen Indigenen und Landwirten im Jahr 2009, der sich um das Recht über das Indigene Land Raposa Serra do Sol drehte. Der Oberste Gerichtshof entschied damals zu Gunsten der Indigenen, da sie sich zum oben genannten Datum in ihrem Gebiet befanden⁶. Während eines Panels über das Thema beim ATL, erklärte Mauricio Terena, Rechtsberater der APIB, warum dies problematisch ist: Obwohl in diesem Fall die Indigenen Recht bekamen, schuf er gleichzeitig einen Präzedenzfall der Nicht-Demarkierung. Denn viele Indigene wurden schon vor 1988 im Zuge der Kolonisierung gewaltsam von ihren Gebieten vertrieben und konnten sich dadurch an diesem spezifischen Datum nicht in ihren Territorien befinden. Vor allem während der Militärdiktatur von 1965 bis 1985 wurde die Gewalt gegen Indigene, deren Verfolgung sowie Vertreibung von ihren Territorien um sie für industrielle Zwecke zu nutzen, aktiv angetrieben. Er betonte außerdem (vor dem Hintergrund, dass das ATL von Jahr zu Jahr

⁴ <https://apublica.org/2023/04/atl-termina-com-homologacao-de-territorios-mas-indigenas-querem-mais/>

⁵ <https://apublica.org/2023/04/atl-termina-com-homologacao-de-territorios-mas-indigenas-querem-mais/>

⁶ <https://www.brasildefato.com.br/2021/08/25/o-que-e-o-marco-temporal-e-como-ele-atinge-os-indigenas-do-brasil>

immer mehr nicht-Indigene Besucher*innen erhält), dass die Bestätigung dieses Falls vom Obersten Gerichtshof nicht nur die indigenen Völker Brasiliens betreffen würde. Das Gerichtsurteil sei allem voran ein Klima-Urteil: es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass indigene Gebiete, obwohl sie einen so geringen Anteil an Land ausmachen, den Großteil der Biodiversität unseres Planeten beschützen⁷.

Aufgrund des bis heute ausbleibenden Urteils des Obersten Gerichtshofs verweilen viele Territorien in einem Wartezustand in dem langwierigen Prozess bis zur offiziellen Ausweisung, da diese von der Entscheidung abhängen würde. Ein symbolischer Fall, mit dem sich der Oberste Gerichtshof beschäftigt, ist der des Volkes Xokleng aus Santa Catarina. Durch ihre historische Verfolgung verloren die Bewohner*innen des indigenen Gebietes Ibirama La-Klänõ, welchen auch von Gruppen der Völker Guarani und Kaingang bewohnt wird, Anfang des 20. Jahrhunderts den Zugang zu ihrem traditionellen Territorium. 1996 erreichten sie jedoch die Ausweisung eines Gebietes von 15.000 Hektar, das 2003 auf 37.000 Hektar erweitert wurde. Die Landesregierung von Santa Catarina beansprucht das Land allerdings teils für Naturschutzreservate sowie für private Landbesitzer*innen, denen das damals angeblich öffentliche Land Ende des 19. Jahrhunderts verkauft worden sein soll. Im Jahr 2019 entschied der Oberste Gerichtshof, dass das noch fällige Urteil über das indigene Territorium Ibirama La-Klänõ allgemeine Auswirkungen hat, d.h. dass die dort getroffene Entscheidung auch für andere ähnliche Fälle gelten wird⁸.

Durch ein plötzliches Dringlichkeitsverfahren, eingeleitet durch den Parlamentspräsidenten Artur Lira, wurde während des Schreibens dieses Berichtes im Kongress über das Gesetzesvorhaben PL470 abgestimmt und mit 283 zu 155 Stimmen angenommen. Das PL470, erstmals 2007 verfasst, soll die These des Marco Temporal als Gesetz verabschieden. Dieser Einschnitt ginge jedoch noch weiter als praktisch keine indigenen Gebiete mehr auszuweisen. Er beinhaltet auch die Legalisierung von Bergbau und Großprojekten in bereits ratifiziertem indigenem Territorium. Das Recht über indigenes Land soll dort aufhören, wo dessen „Nutzung einem relevanten öffentlichen Interesse des Staates dient“⁹. Es ist offensichtlich, dass dieses „öffentliche Interesse“ klar der Definition der Großgrundbesitzer*innen und Bergbauunternehmen folgt und nicht dem der Menschen, die die Biodiversität des Landes schützen und die Klimakrise aufhalten wollen. Weiter wird in dem Gesetzesentwurf die Demarkierung von indigenen Territorien auf die Legislative übertragen, das heißt, auch diese würden vom Kongress abhängen. Mit einer deutlichen rechten und konservativen Mehrheit, die stark auf persönliches Interesse und Profit abzielt, würde dies praktisch jede Demarkierung verhindern. Das PL470 greift sogar einen der Grundpfeiler der brasilianischen Indigenen-Politik an: die Politik des Nicht-Kontakts mit in freiwilliger Isolation lebenden Völkern. Der Artikel 29

⁷ Rede beim Panel „Der Prozess Marco Temporal und seine Auswirkungen auf die Rechte indigener Völker“, Acampamento Terra Livre, Brasília, 27.04.

⁸ <https://www.brasildefato.com.br/2021/08/25/o-que-e-o-marco-temporal-e-como-ele-atinge-os-indigenas-do-brasil> , <https://www.adveniat.de/informieren/aktuelles/brasiliens-indigenen-droht-vertreibung-und-verlust/>

⁹ <https://www.brasildefato.com.br/2023/05/30/pl-490-se-virar-lei-marco-temporal-dara-a-invasores-direito-sobre-as-terras-indigenas>

des Gesetzentwurfs sieht eine erzwungene Kontaktaufnahme mit isoliert lebenden indigenen Völkern vor, „um staatliche Maßnahmen im öffentlichen Interesse zu vermitteln“¹⁰. Auch hier wird wieder das „öffentliche Interesse“ vorgeschoben, um eine absolut rückschrittliche und Indigenen-feindliche Politik voranzubringen. Im Falle seiner endgültigen Verabschiedung würde das Gesetz höchstwahrscheinlich zu mehr Gewalt gegen Indigene, mehr Invasionen in ihre Gebiete (da das Gesetz nun ausdrücklich auf der Seite der Bergbauer*innen steht), sowie zur Zerstörung einer enormen Biodiversität, die auch für das globale Klima eine tragende Bedeutung hat, führen. Indigene sprechen von einem Genozid, der sich jedoch nicht nur auf die indigenen Völker selbst bezieht, sondern auf die gesamte Menschheit sowie die „*mae terra*“ (Mutter Erde) als Ganzes. Am Vorabend der Entscheidung protestierten viele Indigene in verschiedenen Teilen des Landes. In São Paulo versammelten sich Vertreter*innen der Guarani aus dem Dorf Tekoa Pyau auf der Rodovia dos Bandeirantes, eine der zentralen Zugangsstraßen in die Stadt. Dort wurden sie von der Polizei mit Gummigeschossen und Tränengas konfrontiert, während sie friedlich protestierten. In den Sozialen Medien las sich der sarkastische Satz „die Guraranis hätten einfach gelbe T-Shirts tragen sollen“, in Anspielung auf den Putschversuch vom 08. Januar, bei dem Tausende Bolsonaro-Anhänger in Brasilien-Trikots den Kongress stürmten und keinerlei Widerstand von der Polizei erfuhren.

Indem die *bancada ruralista* durch Lobbying die Abstimmung über den Gesetzesentwurf dem Gerichtstermin am 7. Juni vorgezogen hat, handelt sie explizit gegen die Verfassung und zielt auf eine Konfrontation mit dem Obersten Gerichtshof ab. Im Falle des Scheiterns werden sie wohl ihren üblichen Diskurs des Gerichtshofs, der sich gegen die Demokratie stellt, verwenden¹¹. In jedem Fall muss das Gesetzesvorhaben allerdings noch durch den Senat. Kritiker*innen vermuten, dass der Senat nicht ganz so viel Eile wie der Kongress hat, das Gesetz durchzubringen, sondern erst einmal das Gerichtsurteil abwarten wird.

3. Interview mit Jugendkoordinatoren der Guajajara

Während meiner gesamten Brasilienreise, bei der ich verschiedene Orte vor allem im Cerrado besuchte und dann mit dem ATL abschloss, bemerkte ich, wieviel komplexer die Realität ist als man sie in der (internationalen) Berichterstattung dargestellt findet. Auch wenn wohl in den letzten Jahren viele Fortschritte gemacht wurden, indem Medien kaum noch von „Indianern“ oder „indios“ sprechen und die kulturelle Diversität der verschiedensten indigenen Völker oft hervorgehoben wird, wird trotzdem ein Bild vermittelt, dass alle Indigenen die gleichen Interessen und Kämpfe haben. Dass sie stolz auf ihre Kultur sind, sich entschieden gegen die

¹⁰ <https://www.brasildefato.com.br/2023/05/30/pl-490-se-virar-lei-marco-temporal-dara-a-invasores-direito-sobre-as-terras-indigenas>

¹¹ <https://sumauma.com/marco-temporal-os-indigenas-contr-o-fim-do-mundo-decretado-pelos-bandeirantes-de-terno/>

westliche Welt stellen. Dass sie alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um ihr Überleben sowie das Überleben der Erde zu garantieren.

Vor Ort konnte ich zwar diesen Kampfgeist und Stolz erleben, ich sah aber auch viel Gegensätzliches. Während meines Besuches in einem Dorf der Xakriabá im Norden von Minas Gerais, der mit dem Besuch eines Staatsanwalts des Ministerio Publico zusammenfiel, wurde zum Beispiel in vielen Reden die innere Zerstrittenheit des Volkes, das Drogenproblem unter den Jugendlichen, die fehlende Qualität der Bildung sowie Ausstattung der Schulen erwähnt. Nach dem Besuch dieser Aldeia fuhren wir zu einer Gruppe Xakriabá, die auf einer kleinen Insel im Río Sao Francisco lebt. Dort gibt es weder Elektrizität, noch eine Schule. Die Kinder müssen jeden Tag mit Ruderbooten den Fluss überqueren, um dann zu Fuß und mit dem Bus zur Schule zu kommen. Das Bildungslevel ist also entsprechend niedrig und die Mütter wirkten unglaublich jung, Mädchen von vielleicht 15 Jahren hatten bereits mehrere Kinder.

Das was am meisten herausstach, war jedoch die Reaktion auf eine Frage des Staatsanwalts, ob sie sich selbst als Indigene bezeichnen würden. Die Antwort war Schweigen und eine klare Unsicherheit in den Gesichtern. Dr. André, der Anwalt vom CAA-NM (Centro de Agricultura Alternativa do Norte de Minas), mit dem ich reiste, erklärte mir im Nachhinein, dass es viele solcher Gruppen gibt, die noch im Prozess sind, ihre eigene indigene Identität zu entdecken. Einerseits sehen viele Xakriabá nicht aus wie klassische Indigene, deren Fotos man auf der Titelseite von Zeitschriften sieht, sondern eher wie Quilombolas, also Nachfahren Schwarzer versklavter Menschen. Das Volk der Xakriabá ist ethnisch sehr durchmischt, da sie im Laufe der Geschichte viele geflüchtete Sklav*innen und sogar arme Weiße aufnahmen. Auch ihre Kultur ist geprägt von anderen traditionellen Gemeinschaften, die in der Region angesiedelt sind. Doch wie Hilário Xakriabá, der Vater der Abgeordneten Celia Xakriabá, der uns begleitete, fragte: „könnt ihr nicht *ribeirinhos*¹² und Xakriabá sein?“. Identitäten schließen sich nicht gegenseitig aus. Trotzdem wurde den Bewohner*innen der Insel auch ein ernster Ratschlag gegeben: Sollte jemand anders, zum Beispiel aus der Regierung, bei ihnen auftauchen und diese Frage stellen, wäre ein solches Zögern ungünstig: Die Selbstidentifizierung, sei es als Indigene oder als Traditionelle Gemeinschaft, ist unerlässlich für bestimmte Leistungen wie die Ausweisung ihrer Territorien, den Bau einer indigenen Schule, usw. Leider müssen auch sie sich gegen Eindringlinge wie lokale Großgrundbesitzer wehren und die offizielle Ausweisung des Territoriums ist der einzige Schutz, der sie zumindest rechtlich absichern würde. Zusammenfassend kann man sagen, dass auch die Indigenen Völker nicht in der Zeit festgefroren oder „zurückgeblieben“ sind und ihre Gesellschaften sich in verschiedene Richtungen entwickeln. Der Unterschied ist jedoch, dass sie über Jahrhunderte aufgrund ihrer Identität verfolgt wurden und es ein Überlebensmechanismus wurde, diese zu leugnen. Diese Prozesse wirken auch heute noch im Bewusstsein der Nachfahren dieser Generationen nach.

Wie oben erwähnt ist auch der Drogenkonsum vor allem unter indigenen Jugendlichen ein großes Problem. Ein großer Faktor hier ist das immer stärkere Eindringen von Bergbau-Leuten

¹² Traditionelle Gemeinschaften, die an Flussumfern leben und sich den gegebenen natürlichen Eigenschaften der Umwelt anpassen. Ihren Lebensunterhalt bestreiten sie hauptsächlich durch

in die indigenen Territorien und damit die Aussetzung vor den mitgebrachten Substanzen, wie Marihuana oder Crack. Auch lassen sich viele indigene Jugendliche im Bergbau selbst beschäftigen. Meistens geschieht dies aus dem einfachen Grund, dass sie Geld brauchen. Das kapitalistische Weltsystem ist auch in den indigenen Territorien nicht völlig abwesend. Oft sind sie zwar unabhängig im Sinne von Nahrung, da sie diese selbst anbauen können, doch für andere Artikel, die Teil des 21. Jahrhunderts sind, zum Beispiel Handys, muss man nun einmal mit Geld bezahlen. Nicht jede Indigene Person identifiziert sich also voll und ganz mit der Indigenen Bewegung. Manche sind einfach mit Überleben beschäftigt, andere eifern sogar nach einem westlichen Lebensstil. Kritikwürdig darin ist, dass in vielen Fällen die feindliche Politik und der fehlende Schutz des Staates sowie die Profitgier großer Unternehmen ein aktives „brain washing“ an der verletzlichsten Schicht der Gesellschaft durchführen.

Diese Punkte werden teilweise in einem Interview mit zwei Jugendlichen der Guajajara aufgeführt, das ich beim ATL geführt habe.



Gérson (links) und Cleverson Guajajara. ATL 2023. Foto: Hannah Dora

Wie heißt ihr und von welchem Volk kommt ihr?

Gerson: Ich heiße Gerson. Gerson Rodrigues Guajajara vom Volk der Guajajara. Ich komme aus Maranhão, vom indigenen Territorium Caru. Das Territorium teilen wir mit den Awa sowie einigen isolierten „parentes“. Ich bin Koordinator der Jugend meines Dorfes. Und

hier neben mir sitzt der Vize-Koordinator der Jugend. Obwohl wir noch sehr jung sind, haben wir schon diese große Verantwortung übernommen, die Jugend zu koordinieren. Wir verdeutlichen jedoch immer, dass wir auch noch lernen, wir behaupten nicht, besonders weise zu sein, wir lernen auch noch.

Cleverson: Ich bin Cleverson Guajajara vom indigenen Territorium Caru, aus dem indigenen Dorf Maçaranduba in Maranhão. Ich bin Vize-Präsident der Jugendkoordination, in der wir das Ziel haben, die Jugend auszubilden. Wir sind in der (Indigenen-) Bewegung, um immer weiter zu lernen und unseren Führungspersonen beizustehen, Caciques, und so weiter. Wir haben gerade erst angefangen. Wir sind jung, unerfahren, und lernen in der Bewegung. Und wir, die Jugend, denken immer an die Zukunft. Ich bin 18 Jahre alt...dass ich in dieser Organisation mitwirken kann ist eine große Verantwortung. Das ist mein erstes Mal hier beim Acampamento Terra Livre und wir sind hier, um den Kampf unseres Volkes weiterzuführen.

Was macht ihr genau in der Koordination der Jugend?

Gerson: Wir planen Aktionen zum Beispiel in Schulen, um die Jugend für die indigene Bewegung zu gewinnen. Wir wollen also die Aufmerksamkeit der Jugend erregen, wir suchen einen Weg, die Jugend mitzunehmen. Wir bemerken ein großes Desinteresse in der Jugend, nur wenige interessieren sich für die indigene Bewegung und dafür, sich dem Kampf anzuschließen.

Cleverson: Wir machen auch immer wieder auf das Problem mit Alkohol und Drogen aufmerksam, weil die Jugend heute leider ziemlich verloren ist. Wir suchen also immer nach neuen Wegen, die Aufmerksamkeit dieser Jugendlichen zu erregen. Wir versuchen, sie aus dieser Welt rauszuholen und sie in die neue Welt der Bewegung und des Lernens zu holen.

Was ist eure größte Motivation, um hier am ATL teilzunehmen?

Gerson: Unsere größte Motivation sind unsere Führungspersonen. Wir sehen ihren Kampf. Für mich ist es das zweite Mal hier, aber während unsere Führungspersonen Jahr für Jahr hierhin kamen, wollten wir immer wissen, wie es ist, hier am ATL teilzunehmen, welche Themen werden hier diskutiert, was ist das Ziel des ATL. Jetzt sind wir selber schon etwas wie Führungspersonen und bekommen mit, was diskutiert wird, welche „parentes“ anwesend sind. Unsere größten Vorbilder sind also unsere Führungspersonen, in allem.

Cleverson: Vor allem unsere Caciques. Immer wieder motivieren sie uns, uns noch mehr in die Bewegung einzubringen, mehr zu lernen. Für mich ist es das erste Mal hier beim ATL. Ich hatte eine bestimmte Erwartung, aber in der Realität ist es doch nochmal anders. Ich wusste nicht so richtig was das ATL ist und welches Ziel es verfolgt. Aber jetzt wo wir hier sind, nehmen wir diese Erfahrungen und dieses Wissen mit. Wir sind hier, um die Jugend aus unserem Dorf zu repräsentieren und alles, was wir hier erlebt haben, an die Jugendlichen weiterzugeben.

Seid ihr auch in Kontakt mit anderen Jugendkoordinationen, von anderen Dörfern oder sogar Völkern?

Gerson: Mit anderen Dörfern ja. Wir sind von der Jugendkoordination unseres Dorfes aber auch das Volk Guajajara an sich hat eine Organisation. Wir sind also dabei, zu versuchen, uns zusammenzutun und eine Kraft der Jugend unserer Region aufzubauen. In unserer Region gibt es die Völker Guajajara, Kayapó und Awa. Wir wollen uns auch mit ihnen zusammentun und unsere Kräfte bündeln um zusammen unser Ziel zu erreichen.

Ich habe an vielen Orten gehört, dass die Jugend heute so aussichtslos ist, dass ihnen ihre Träume genommen werden. Was passiert, warum wird das gesagt?

Gerson: Ich glaube es ist dieses fehlende Wissen, das die Jugend tötet. Fehlendes Wissen und fehlendes Interesse, den Bewegungen heute beizutreten, die es gibt. Die Jugend heute ist Opfer in vielen Hinsichten. Dass wir so eine Koordination übernehmen und ganz vorne in der indigenen Bewegung dabei sind, ist auch für uns überraschend.

Was bedeutet diese neue Regierung für euch? Bemerkt ihr schon konkrete Veränderungen?

Gerson: Wir bemerken schon Veränderungen aber trotzdem fühlen wir uns nicht sicher. Regierung ist Regierung. Obwohl neue Möglichkeiten geschaffen wurden, wie das Ministerium für indigene Völker. Das ist eine große Errungenschaft für uns. Aber es reicht nicht, dass es einfach existiert, jetzt muss es auch unsere Forderungen erfüllen. [Lula] hat immer gesagt, dass er auf der Seite der Indigenen steht, aber wir werden sehen, welche Verbesserungen er uns bringen kann. Noch hat sich nicht viel verändert, aber wir werden sehen.

Cleverson: Es haben sich schon einige Sachen unter dieser neuen Regierung verbessert, aber natürlich nicht total. Diese neue Regierung heißt nicht, dass alles gut sein wird für uns Indigene. Es wird auch von uns selbst abhängen, dass wir immer weiter für unsere Forderungen eintreten. Wie mein Freund schon gesagt hat, Lula ist auf unserer Seite, aber das bedeutet nicht, dass wir unseren Kampf einstellen. Wir werden immer weiter nach neuen Errungenschaften und Plätzen für uns indigene Völker suchen.



Gérson Guajajara, Präsident der Jugendkoordination der Aldeia Maçaranduba. ATL 2023. Foto: Marquinho Mota

4. Aktivitäten und Kampagnen

Brasilien und Kolumbien ein Jahr nach dem Regierungswechsel - Bilanz und Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Eine Präsenzveranstaltung in der Tagungsstätte Bad Boll veranstaltet von Akademie Bad Boll, Brot für die Welt, Misereor, Fian, Oekubüro München, Kolko e.V., KoBra e.V.

Wann: 17.-18.06.2023

Wo: Evangelische Tagungsstätte Bad Boll

Brasiliens Präsident Lula und Kolumbiens Präsident Petro traten ihr Amt mit dem Versprechen an, für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, die Wirtschaftslage zu verbessern und eine umweltpolitische Agenda zu verfolgen. Die Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen sollen an dem Wandel teilhaben und ihn mitgestalten. Doch gelingt dies?

Wie ist das Engagement der Bundesregierung in beiden Ländern einzuschätzen? Welche Auswirkungen hätten die angestrebten Klimapartnerschaften? Wie sollten eine feministische Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit gegenüber Brasilien und Kolumbien aussehen?

Diese Fragen wollen wir mit Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus beiden Ländern, Expert*innen aus Politik und Wissenschaft und Ihnen diskutieren.

Das Gespräch findet auf Deutsch, Spanisch und Portugiesisch statt und wird simultan verdolmetscht.

Sie sind herzlich eingeladen!

Anmeldung: <https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/430823.html>

Sicherheit für wen? Polizeigewalt in Brasilien und deutsche Waffenexporte

Eine Veranstaltung von FDCL und terre des hommes

Wann: 27.06.2023, 20:00Uhr

Wo: Aquarium, Skalitzer Straße 6, 10999 Berlin

Mit **Neia Bueno** (Kinderrechtsorganisation Meninos e Meninas de Rua, São Paulo) und **Gabriel Feltran** (Soziologe, Buchautor, Universidade Federal de São Carlos, Brasilien, aktuell Gastprofessur in Paris).

Veranstaltung auf Portugiesisch und Deutsch mit konsekutiver Übersetzung

Die exzessive Gewalt von Polizei und Militär hat in Brasilien dramatische Ausmaße angenommen. 2021 starben dadurch 6.145 Menschen – vermutlich mehr als in jedem anderen Land. In Rio de Janeiro, São Paulo und anderen Städten wird in manchen Vierteln jeder zweite gewaltsame Todesfall durch die Polizei verursacht.

Im Kreuzfeuer der staatlichen Gewalt sind Menschen in Favelas und städtischen Randgebieten. Wohnhäuser werden mit Kugeln durchsiebt, Schulen, Kindergärten und Gesundheitszentren müssen wochenlang schließen. Viele Kinder und Jugendliche fühlen sich nirgends mehr sicher und sind traumatisiert. Insbesondere schwarze Jungen und junge Männer stehen unter Generalverdacht: 74% der Opfer sind jünger als 29 Jahre, 24% sogar jünger als 19 Jahre. 99% der Opfer sind männlichen Geschlechts, 79% sind Schwarze. Strafverfolgung von gewalttätigen Polizist:innen und Militärs findet kaum statt, manche organisieren sich in illegalen Milizen oder kooperieren mit der organisierten Kriminalität.

Viele der Waffen, die bei schweren Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden, kommen aus Deutschland, darunter Pistolen, Maschinengewehre, Panzerwagen und Hubschrauber. Sie kommen auch bei politisch motivierten Gewalttaten zum Einsatz: Laut forensischem Gutachten war die Waffe, die 2018 bei der Ermordung der Stadträtin Marielle Franco und ihres Fahrers in Rio de Janeiro verwendet wurde, eine Maschinenpistole MP5 des deutschen Herstellers Heckler & Koch (H&K).

Deutschland ist einer der wichtigsten Waffenlieferanten Brasiliens. 2021 erhielt das Land deutsche Rüstungsgüter im Wert von 143 Millionen Euro – obwohl nach europäischem Recht (Gemeinsamer Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten) in Länder mit bewaffneten Konflikten und schweren Menschenrechtsverletzungen keine Rüstungsgüter geliefert werden dürfen.

Wie ist die Situation vor Ort, insbesondere für Kinder und Jugendliche? Wie kann der Kreislauf der Gewalt gestoppt werden? Was können Menschen in Deutschland dazu beitragen? Diese und weitere Fragen sollen mit den Gästen aus Brasilien diskutiert werden.

Mehr Informationen: Studie [„Hört auf uns zu töten! Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel“](#) von terre des hommes Deutschland und Schweiz und Instituto Sou da Paz (Brasilien).